



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Medien

Dortmund

22.08.07

PRESSEMITTEILUNG

SPD und GRÜNE: Riskante Zinstauschgeschäfte werden nicht mehr stattfinden!

Zur Absicherung von Zinsrisiken setzt die Kämmerei auf Beschluss des Rates seit Ende 2002 Derivate ein. Hierbei bedient sich die Kämmerei so genannter Caps (variable Verzinsung mit Höchstsatzvereinbarung) und Swaps (Tausch von festem gegen variablen Zinssatz oder umgekehrt). In den Haushaltsjahren 2003 – 2005 konnten unter Einsatz dieser Finanzierungsinstrumenten durchschnittlich 2,44 Mio. € je Jahr eingespart werden, wobei eine konservative Risikoeinschätzung Grundlage des bisher bekannten Verwaltungshandeln war. Dazu Fraktionsvorsitzender Ernst Prüsse: „Der Einsatz solcher Instrumente, um möglichst günstige und flexible Zinskonditionen zu erzielen ist üblich und aus unserer Sicht nicht zu beanstanden. Hier wurde wie vom Rat beschlossen vorsichtig agiert und ein nicht zu kontrollierendes Risiko vermieden.“

Dies gilt allerdings nicht für das Zinstauschgeschäft (Swap) aus dem Jahr 2005. Auf Grundlage eines bereits günstig finanzierten 20 Mio. € Kredites auf Festzinsbasis wurde in Abhängigkeit zur Entwicklung der Kurz- und Langfristzinssätze eine Zusatzvereinbarung mit anfangs kurzfristigen Vorteilen für die Stadt abgeschlossen. Zugunsten der finanzierenden Bank wurde allerdings kein „Zinsdeckel“ bei einer anderen als der von der Kämmerei erwartenden Entwicklung der Kurz- und Langfristzinssätze vereinbart.



SPD Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Inzwischen ist die Zinstauschvereinbarung komplett aus dem Ruder gelaufen. Um ein finanzielles Desaster über die Laufzeit des Geschäftes zu vermeiden, musste die „Notbremse gezogen“ werden und das Zinstauschgeschäft mit einer Abstandszahlung von 6,8 Mio. € rückabgewickelt werden. Unter Einbeziehung früherer Zinsgewinne wurde ein Verlust von rund 6,2 Mio. € erzielt.

Mario Krüger: „Sowohl bei der einstimmig getroffenen Grundsatzentscheidung im Februar 2005 als auch bei den Zwischenberichten wurde durch die Kämmererei der Eindruck erweckt, dass der Einsatz von Derivaten nach Maßgabe eines vorsichtigen kaufmännischen Handels erfolgt. Im aktuellen Fall kann davon nicht ausgegangen werden.“

Die im Lauf der Jahre angehäuften Gewinne und den einmaligen Verlust anschließend gegeneinander zu verrechnen, ist fragwürdig. Die Gewinne werden praktisch durch ein misslungenes Geschäft aufgezehrt und fehlen im ohnehin angespannten Haushalt.“

Ernst Prüsse: „Wir werden diese Angelegenheit zum Anlass nehmen zu hinterfragen, inwieweit über diesen Vorgang hinaus weitere spekulative Derivatgeschäfte innerhalb der Stadt als auch bei städtischen Beteiligungen eingegangen worden sind und wenn ja, eine Risikoeinschätzung durch einen Wirtschaftsprüfer einfordern. Weiterhin erwarten wir in der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses Erläuterungen zur damaligen Entscheidung, ein derart risikoreiches Derivatgeschäft einzugehen. Wir werden per Beschlussfassung sicherstellen, dass künftig derart risikoreiche Derivatgeschäfte nicht mehr abgeschlossen werden.“